

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volkstimme erscheint wöchentlich mit Ausnahme der Sonntage, Verantwortlich für die Redaktion: Max Engelwig, für den Verleger: Rudolf Krawinkel, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Brühlstraße 17, Fernsprecher Nr. 5407. Erscheinungstage: Samstag und Freitag vormittag um 11, — (2) Uhr. — Abonnement: monatlich 1.25 Mark, vierteljährlich 3.75 ohne Postgebühren. — Postamt: Halle, Brühlstraße 17. — Preis: 10 Pf. — Druck und Verlag der Volkstimme G. m. b. H. in Halle, Brühlstraße 27.

Verleger: Max Engelwig, für den Verleger: Rudolf Krawinkel, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Brühlstraße 17, Fernsprecher Nr. 5407. Erscheinungstage: Samstag und Freitag vormittag um 11, — (2) Uhr. — Abonnement: monatlich 1.25 Mark, vierteljährlich 3.75 ohne Postgebühren. — Postamt: Halle, Brühlstraße 17. — Preis: 10 Pf. — Druck und Verlag der Volkstimme G. m. b. H. in Halle, Brühlstraße 27.

Nr. 118.

Halle, Dienstag, den 27. Mai 1919.

Jahrgang.

Rein feiges Herumgerede.

Naturnotwendig müssen sich alle Parteien mit der Friedensfrage beschäftigen. So läßt auch der Spartakusbund „Beilage“ über den Frieden“ erscheinen, die ein überaus interessantes, mit größter Logik Konsequenz aufgebautes Programm der kommunisten in der Friedensfrage darstellt. Es wird darin zunächst auseinandergesetzt, daß bei den gegenwärtigen Regierungsverhältnissen sowohl die Unterzeichnung des Friedensvertrages als auch die Weigerung, ihn zu unterzeichnen, für Deutschland eine Katastrophe bedeutet. Der ententeplatzliche Charakter der Friedensbedingungen, deren Zweck es ist,

das arbeitende Deutschland und den Sozialismus zu erdrosseln, wird in voller Klarheit erkannt und mit größter Schärfe dargestellt.

Ein vernünftiges Urteil fällt der Spartakusbund dabei nicht nur — wie natürlich — über die Politik der Mehrheitssozialisten, sondern noch vielmehr über die der Unabhängigen. Die Unabhängigen treten bekanntlich für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ein, der Spartakusbund antwortet ihnen darauf:

„Die Unterzeichnung würde das Land dem wirtschaftlichen Untergang durch auswärtigen Feind zuführen, Untergang der Industrie und des Handels, Vernichtung der Landwirtschaft, Zusammenbruch der Eisenbahnen unter dem doppelten Druck des Tributs an die Sieger und der Zinszahlung an ausländische Kapital für die Kriegsschulden.“

„Von der Haltung der Unabhängigen wird dann gesagt, sie sei diktiert von absoluter Diffidens- und Klotzigkeit, von der absoluten Unfähigkeit, zu handeln. Nach dieser vernichtenden Kritik werden die Unabhängigen als „proletarische Einseitigkeit“, nicht mehr aufzureden können. Schärfer Geschäfte als die amtlichen Unabhängigen und Kommunisten in der Friedensfrage lassen sich überhaupt nicht denken.“

Der Spartakusbund spricht dann, nachdem er seiner Überzeugung gemäß sowohl die mehrheitssozialistische wie auch die unabhängige Friedenspolitik abgetan, in klaren Worten aus, wo nach seiner Meinung

der einzige Weg zur Rettung zu finden ist. Man wird sich nicht wundern, wenn man die Lösung des Rätsels vernimmt: Der Spartakusbund steht für das deutsche Volk und für die ganze Welt kein anderes Heil als die Herrschaft des Spartakusbundes, der kommunistischen, bolschewistischen Grundzüge, wie bisher in Rußland und Ungarn, so jetzt in Deutschland und Oesterreich und später in Frankreich und England. Das ganze Programm ist erfüllt von dem starken Glauben an die soziale Revolution, die binnen kürzester Zeit aus den Trümmern der im Krieg zugrunde gegangenen kapitalistischen Gesellschaft eine neue Dornburg schaffen werde.

Das ist ein Programm, an dem man nicht achtlos vorübergehen kann, sondern mit dem man sich auseinandersetzen muß. Zusammenfassend kann man von ihm wohl sagen, daß es eine bewundernswürdige Logik im kühnen Raum entfaltet, und daß es vollkommen richtig ist, abgesehen davon, daß es mit der Welt der wirtschaftlichen Kämpfe gar nichts zu tun hat. Aber läßt sich die soziale Revolution in allen Ländern der Welt über Nacht vollziehen, noch sind die Schüler der russischen Bolschewiki, die deutschen Spartakisten oder Kommunisten imstande, die ungeheuren Probleme der sozialen Revolution zu meistern. Der Idealismus einiger Führer kann es nicht verhindern, daß sich bei allen Aktionen der Spartakisten

Alleanzismus, Herrlichkeit und Verbrechen ein Stellenbild geben. Jede dieser spartakistischen Aktionen hat als Folge begonnen, um als Tragödie zu enden. Der Gedanke, man könnte die kapitalistische Gesellschaft im Sandumdrehen zu einer sozialistischen verwandeln und man könne dieses Zaubermittel sogar mit wirtschaftlich ganz ungeschulten Kräften vollbringen, ist eben blinder Wahnsinn.

Der Spartakusbund wird sich nun freilich durch Argumente nicht überreden lassen. In seinen Forderungen kündigt er eine aktive revolutionäre Politik an, und es ist wohlfeinlich, daß die Versuche, diese Forderungen auszuführen, nicht lange auf sich warten lassen werden. Nach wie vor, und in Zukunft vielleicht mehr denn je, müssen wir mit dem Vorhandensein einer Bewegung rechnen, die darauf ausgeht, die bestehende Regierung gewalttätig zu beseitigen und ihre eigenen Führer an ihre Stelle zu setzen. In dieser Bewegung wird man klar Stellung nehmen. Man kann für sie oder gegen sie kämpfen, nur soll man nicht versuchen, sich durch feiges Herumgerede um eine klare Stellungnahme zu drücken.

Feiges Herumgerede

vorgehenden Bewegung leugnet und alle sich daraus ergebenden Konflikte aus der Ungeklärtheit der Regierung zu erklären versucht. Genau wie die Kommunisten erklären, daß sie daran arbeiten, sich selber gemaltes an die Spitze der Macht zu bringen, so sollen müssen wir ihnen antworten, daß wir ihre Behauptungen für verhängnisvoll, ja geradezu maßlos halten und daß unsere Überzeugung uns verpflichtet, sie mit allen Kräften zu bekämpfen. Die Kommunisten suchen die Rettung des deutschen Volkes dort, wo ihm nach unserer unerschütterlichen Überzeugung nur der völlige Untergang anheuert. Sie vermehren durch ihren Wahnglauben die Gefahren, mit denen unser Volk zu kämpfen hat bis zu dem Punkt, an dem auch die letzte Hoffnung erlischt. Sie glauben die Sterne greifen zu können und jagen Irlichtern nach, die über dem Dampf tauchen.

Das Programm des Spartakusbundes wirkt sympathisch durch — seine Offenheit, es hebt sich in dieser Beziehung höchst vorteilhaft von den verbreiteten und verführerischen Deutungen der Unabhängigen ab. Die Unabhängigen aber sehen sich wieder einmal in peinlicher Mitleid zwischen zwei unvereinbaren Gegenständen, sie werden weiter launieren und vergeblich nach die Aufforderung an sie bleiben, Klarstellung zu nehmen und Farbe zu bekennen.

Änderung des Friedensvertrages zugunsten Deutschlands.

Paris, 26. Mai. Die deutsche Delegation hat auf ihre beiden Notizen zu dem Friedensvertrage zugunsten Deutschlands, ebenso noch im Laufe der Woche gemeinsame Beratungen mit den Deutschen. Die Vermittlungen des Papstes einerseits und die zahllosen täglich in Paris einlaufenden Proteste gegen den Gewaltfrieden andererseits scheinen doch einigermaßen Erfolg gehabt zu haben, und man glaubt, daß bald gemeinsame Verhandlungen mit den Deutschen stattfinden und es sich dabei nicht um Vollkollagen handeln wird, sondern um eine Ausdehnung des Abkommens um zwei deutsche Vertreter. Inzwischen hat, wie die Pariser Information berichtet, die englische Regierung sich entschlossen, eine Änderung in der Blockadefrage zu beantragen.

Die Antwort der Alliierten auf die Saarnote.

Paris, 26. Mai. Die deutsche Delegation hat auf ihre beiden Notizen zu dem Friedensvertrage zugunsten Deutschlands, ebenso noch im Laufe der Woche gemeinsame Beratungen mit den Deutschen. Die Vermittlungen des Papstes einerseits und die zahllosen täglich in Paris einlaufenden Proteste gegen den Gewaltfrieden andererseits scheinen doch einigermaßen Erfolg gehabt zu haben, und man glaubt, daß bald gemeinsame Verhandlungen mit den Deutschen stattfinden und es sich dabei nicht um Vollkollagen handeln wird, sondern um eine Ausdehnung des Abkommens um zwei deutsche Vertreter. Inzwischen hat, wie die Pariser Information berichtet, die englische Regierung sich entschlossen, eine Änderung in der Blockadefrage zu beantragen.

„Herr Präsident! Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Schreiben vom 13. und 16. zu bestätigen. Da sie beide den nämlichen Gegenstand betreffen, ziehe ich vor, sie zusammen zu beantworten. Was die in Ihrem Schreiben niedergelegten allgemeinen Bemerkungen anbelangt, so bekräftige ich vollständig im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen, daß, wie Sie behaupten, in dem Friedensvertrag deutsche Gebiete gleich Sachschadungen zu Grunde und eines Handels zwischen verschiedenen Souveränitäten gemacht werden. Tatsächlich werden die Wünsche der Bevölkerung der künftigen besetzten Gebiete in Berücksichtigung gezogen werden. Die Modalitäten dieser Volksbefragung werden im Hinblick auf die örtlichen Verhältnisse sorgfältig erwogen. In den an Belgien abgetretenen Gebieten ist der öffentlichen Meinung jede Freiheit gewährleistet, um sich binnen einer Frist von sechs Monaten auszusprechen. Die einzige Einschränkung wird gemacht für denjenigen Teil von Brabant, der sich weißlich der Straße von Bittich nach Wachen hinzieht, dessen Bevölkerung weniger als 500 Einwohner umfaßt, und dessen Wohlstand an Belgien abgetreten wird als Teil der Wiedergutmachung für die von Deutschland in Belgien vorgenommenen Sequestrierungen von Waldbeständen.“

In Bezug auf Schleswig ist zu bemerken, daß die Bevölkerung sich auf Wunsch der dänischen Regierung und der Bevölkerung mit der Angelegenheit befaßt. Die vorbeschriebene Abgabe von deutschen Kolonialgebieten an die Alliierten würde eine schmerzliche Lage für die französischen Alliierten schaffen. Die vollständige Übergabe der in der Nähe der französischen Grenze liegenden Gebiete ist die einzige Entschädigung für die in Frankreich zerstörten Bezirke.“

Gewisse Stellen in Ihrer Rede vom 12. scheinen eine gewisse Unklarheit der Auslegung unserer Artikel zu veranlassen. Am 1. März der Zeitung in Köln bei einem gemeinsamen Mittagessen der Regierungen im Zusammenhang zu werden, schlossen die alliierten und assoziierten Regierungen,

gen, diese Bestimmung zu ändern. Sie schlagen vor, der Bestimmung folgende Fassung zu geben: „Die Verpflichtung Deutschlands, seine Zahlungen auszuführen, wird von der Entschädigungskommission in Erwägung gezogen werden. Deutschland kann eine Hypothek dafür geben, deren Höhe die Kommission bestimmen wird.“

Ein französisches „Kannenhörner“.
In der Partier Humanität nimmt Genosse A. Dunois Stellung zum Friedensvertrage. Genügend bemerkt er, sein Artikel bezwecke, den französischen Arbeitern zu zeigen, welchen abgünstigen Mißbrauch ihres Vertrauens und welchem möglichen Verzuge sie zum Opfer gefallen“ seien, als sie dem Versprechen glaubten, aus dem „Reich des Rechts“ werde selbsttätig ein „Reich des Rechts“ entstehen. Die von Deutschland geforderten Bedingungen seien ein Frieden der Gewalt, des gefährlichen Imperialismus und der Ungerechtigkeit. Es sei ein bürgerlicher und kapitalistischer Frieden, dem man alle in die Regierunglichen und kapitalistischen Parteien zu erklären zu müssen, daß „das französische Proletariat verweigert von heute ab seine Unterschrift“. ... Wir dürfen heute sagen, daß nicht ein sozialistischer Deputierter, ohne gänzlich abzuhelfen, seine Stimme einem diplomatischen Schriftstücken geben könnte, das der Geschichte als einen verwerflichen Bruch des beschworenen Wortes und als ein Attentat gegen Moral und Recht betrachtet wird.“

Wir diesen Worten eines französischen Sozialisten vergleiche man die Forderung der deutschen Unabhängigen, die deutsche Regierung müsse den Vertrag aus dem Grunde zurückziehen, wenn die Änderungen an dem Besonderen nicht erfolgen, wenn die Änderungen die Unabhängigen fordern, daß, obwohl bekanntlich für Berliner Organ Freiheit selbst geschrieben hat, eine dieser Vorträge unterzeichnende Regierung werde binnen vier Wochen vom Jore des Volkes weggeführt sein. Sicher ist, daß das von den Unabhängigen erhoffte fröhliche Eintreten der internationalen Arbeiterklasse für das deutsche Volk nur dann zu erwarten ist, wenn nicht Bedingungen unterschrieben werden, die von allen als durchaus unerträglich erkannt worden sind. In diesem Sinne äußern sich übrigens auch italienische, holländische und skandinavische Parteiführer.

Ein internationaler Generalstreik gegen den Gewaltfrieden.

Berlin, 26. Mai. In einer großen sozialistischen Ausdehnung in Mailand veränderte Generali, wie dem „Vorwärts“ berichtet wird, den 24-jährigen Generalstreik der Sozialisten aller Länder als Protest gegen den von der Entente Deutschland angebotenen Gewaltfrieden.

Arbeiter-Ausdehnungen in Paris. Der heutige Sonntag gehörte den Arbeiterausdehnungen auf dem Parc Laforce. Infolge dessen findet man in den Pariser Abendblättern nur wenige Erörterungen über schwedende politische Fragen.

Ketzerlei militärischer Widerstand.

Haag, 26. Mai. Der Berliner Korrespondent der Daily News hatte mit dem Reichsjustizminister Dernburg nach dessen Rückkehr aus Spa eine Unterredung. Dernburg erklärte, Deutschland sei bereit, die Alliierten zu entschädigen, aber unfähig dazu, wenn man ihm nicht genügend Kopien für seine Industrie und die Gelegenheit zur internationalen geschäftlichen Entwicklung belassen werde.

Deutschland habe nicht die Wäpfe, bewaffneten Widerstand zu leisten, sondern werde die Alliierten ruhig befehlen lassen was sie wollten.

Die Drauflegung der deutschen Gegenwärtigkeit.

Die Deutschen werden, wie aus Paris gemeldet wird, wohlfeinlich am 29. Mai ihre Gegenwärtigkeit den Alliierten überreichen. Auch diese Gegenwärtigkeit werden ein ganzes Buch füllen und fast so umfangreich wie die alliierten Bedingungen sein. Die kritische Zeit für Annahme oder Ablehnung vermutet man jetzt zwischen dem 10. und dem 25. Juni. Zünf Tage rechnet man für das Studium und die Beantwortung der deutschen Vorlesung durch die Alliierten, und dann wieder fünf Tage für den Beschluß der Deutschen nach der definitiven alliierten Antwort.

Der neue deutsche Militarismus.

Ausführungen seitens der Regierungen rufen das nichts Schönes. Überall, wo es an bewaffneten Streitkräften gefehlt hat, haben die Regierungen Gruppen dabei genannt und nach Absicht des Ministers langange erwidert. Auch der Stabschef des alten Ostpreußen ist in einem gewissen Grade wieder erwacht. Die Weigerung des Benzinans Vogel war eine ganz große Weigerung von Ministern haben, und offenbar haben eine

Angang von Offizieren des Corps Stützpunkt eines Verbleibendes zu tun glaubt, wenn sie einen Kameraden dem milden Standesrichter entzogen. Auch in den Angriffen auf die bürgerliche Freiheit gegen ausschließlich die Militärs zu weilen, was die Politik der Regierung entspricht, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten.

Gegen diese Veruche militärischer Restauration ist die Sozialdemokratie nicht blind. Auch die Regierung wird die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um aus dem Meer ein Instrument der Republik zu machen und alle Veruche der Gegenrevolution im Keim zu ersticken. Diese selbst ist heute noch so ausichtslos, wie sie es immer war, und den Reaktionen, die damit spielen, ist in die Erinnerung zurückzuführen, daß der Volkswortführer in Rußland gefügt hat, als Kornilow seinen militärischen Putz gegen Petersburg verlor.

Die Unabhängigen aber machen den neuen Militarismus für alle Übel verantwortlich, die es in der Welt gibt.

Diese Mißtrauen gegen ihn soll an dem schlechten Frieden schuld sein. Keine Panik! Herr Koch würde sich wahrscheinlich sehr komisch vornehmen, wenn er bekäme, daß er vor Postes paar Tausend Freiwilligen Angst hätte. Der Militarismus soll daran schuld sein, daß wir den Frieden von Versailles nicht glatt annehmen. Zufällig werden wir uns gegen ihn, weil unter ihm das deutsche Volk zur Hälfte verhungert, zur Hälfte verendet müßte.

Immer neuen Mühen.

Neue Heloten hat die deutsche republikanische Armee in Berlin bezogen. Es vergeht jetzt fast kein Tag mehr, wo man nicht über solche Berichte könnte. In der Abicht, eine Kriegsbeschädigten-Vermahlung unter freiem Himmel zu verbinden, hat man am Sonntag nachmittag wieder Schreihähnen angehen und hat auch die Verammlung die eine Deputierten nach dem Polizeipräsidium gefandt hat, auseinander gebracht.

Am Sonntag vormittag wollte Hauptmann v. Beerfelde seinen fälschlich in Schöneberg verbotenen Vortrag in der Wilhelmhalle halten. Das Polizeipräsidium verbot (!) den Vortrag mit Rücksicht darauf, daß die Schöneberger Vorgänge darauf schließen ließen, daß erneute Störungen der öffentlichen Ordnung zu erwarten seien. Die Schöneberger Demonstration erfolgte durch das Verbot, die die Verammlung mitgeteilt wurde, daß wieder ein Verbot vorliegen würden. Schreie und Schimpfungen gegen die Regierung, untermüßt mit Hohnrufen auf Beerfelde. Da erschienen zwei Postwagen mit Regierungspolizisten, die mit Sämen empfangen wurden. Sie nahmen vor der Wilhelmhalle Aufstellung, und der Offizier forderte die Menge wiederholt auf, das Gesez zu achten und die Straße zu räumen. Nun sollen aber die Truppen arg bedrängt worden sein, so daß ihnen nichts übrig geblieben sei, als "Schredhähne" abzugeben. Panikartig räumte die Menge die Straße, die sofort abgefahren wurde.

Die neue Armee werden leben lassen und erst gar keine Soldaten hingeführt, so stünde Berlin auch noch auf dem alten Pfad. Wer ist denn das provokatorische Genie im Polizeipräsidium, so jagt der Vorwärts anschließend an diesen Sieg, und äußert sich zu den Berliner Vorgängen weiter: Wir haben in Berlin ein Reichswehrministerium, einen Gouverneur, mehrere Generalcommandos und dergl. mehr — aber es scheint im Militär eine tolle Anarchie zu herrschen. Das Fortbestehen des Belagerungsstandes scheint die Soldaten zu dem Glauben zu verführen, in unheimlicher Anwesenheit von Menschen nicht vorzukommen, aber man kein öffentliches Verbot irgendwo bedroht wird. Es wird durch solche Heloten nichts anderes als Empörung hervorgerufen.

Die alldeutschen Ansager.

Die Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei verbreitete am 14. Mai ein Rundschreiben, dem wir nach der "Demokratischen Parteikorrespondenz" folgende Entgegnung entnehmen:

Die Betankung der Friedensbedingungen hat nicht nur während auf alle Teufeln gewirkt. Diese Situation muß von uns unbedingt agitatorisch ausgebeutet werden.

Kein Haus stinkt genug, um nicht noch Schmarobern zur Regierung zu dienen. Armes deutsches Vaterland, das erst so tief sinken mußte, um den Nährboden für seine "treueste" Partei abzugeben!

Der Vaterlandsverrat der Pfälzer Kriegsgewinnler.

Aus dem rechtsrheinischen Gebiet wird noch gemeldet: Der Herr Pfälzer Kriegsgewinnler und Generalkriegskommissar, der in rechtsrheinischen Gebiet großes Aufsehen gemacht hat, ist nun in die amtlichen Vertreter französischer neben nicht-amtlichen auf maßgebende Vertreter der Pfälzer Bevölkerung zu wirken suchen, um für die Lösung der Pfalz von Deutschland Stimmung zu machen. In unsere Parteigenossen wandte man sich in verschiedener Form, aber keine Umschwügelung, keine Bekehrung konnten den Standpunkt unserer Parteigenossen erschüttern, daß sie die Angehörigkeit der Pfälzer zu dem deutschen Volk zurückgeben oder lassen wollten. So wüßte verzögert die Berichte der Gewinnler der vaterländischen Gefühlen war, so konnten kapitalistische Kreise und Zentrumspolitiker den französischen Soldaten nicht widerstehen. In der Not haben sich unsere Parteigenossen als die treuesten Männer der Nation erwiesen, während diejenigen, die das nationale Schlagwort immer wieder im Munde führten, dann versagten, als der Nationalismus nicht mehr eine billige Phrase war. Die in den Entenblätter

gehörte Mühen, Bestreben in eine Reihe von Maßnahmen zu greifen, scheint durch das Vorgehen in der Pfalz maßgeblich gemacht zu werden. Es wird hier mit dem Plan gerechnet, daß, wenn die deutsche Neutralität die Friedensbedingungen ablehnen wird, von der Garantie der Vereinigung gemacht werden wird, mit dem deutschen Einzelnen, so auch mit dem vertriebenen Bayern, einen Sonderfrieden abzuschließen. Das die Sozialdemokratie in Deutschland und in Bayern lebhaften Beginn ihren Überhand entgegenzusetzen würde, steht nach allen Versicherungen unserer Partei außer jedem Zweifel. Die tapferen und kräftigen Worte, die der aus der Pfalz kommende sozialistische Ministerpräsident des bayerischen Volksrates gegen die Verdächtigungen an unserer Volks in bayerischen Landtage forderte, zeigen, daß Deutschlands Sache der weiseren Partei in so guter Gut ist als bei den Sozialdemokraten.

Reichsminister Erzberger hat in einer Note an General Huband gegen das Vorgehen der Franzosen in der Pfalz Protest erhoben.

Die neuen Steuererlässe.

Eine Reihe von wichtigen Steuererlässen sind vom Reichsamt des Innern fertiggestellt und haben die Zustimmung des Kabinetts gefunden, so daß sie jeden Tag, sobald der Angelegenheit dafür opportun erscheint, an dem Staatsanwaltschaft und die Nationalversammlung gefestigt werden können. Unter diesen Steuererlässen sind neben einigen kleineren Gesetzen als besonders wichtig zu nennen eine Vermögenserwerbsteuer, welche die Jahre 1918 bis 1918 umfaßt, eine Vermögensabgabe für das letzte Kriegsjahr, arbeitsrechtliche, eine Erhöhung der Tabak- und der Zuckerteuer. Eine weitere Gesetzgebung wird natürlich wie die ganze Gestaltung der

deutschen Reichsfinanzes im höchsten Maße abhängig sein von den Bedingungen des Friedensvertrages, der bekanntlich auf die deutschen Reichseinkünfte legte.

Der Ruf nach dem "freien Handel".

Die selbstverständlichen Bemühungen um weitergehende Zulassung des freien Handels bei den Einfuhrbeschränkungen werden dadurch durchkreuzt, daß gerade der amerikanische Handel am lauffesten sein Auswuchs über die Einfuhrbeschränkungen erhebt und unter der Führung des freien Handelsbestrebens für seine unläuterliche Schere- und Lebensmittelminderungsstände auf Kosten der Allgemeinheit meint. Fast täglich werden in Rotterdam einige Herren an amtlichen Stellen vor — teils Holländer, teils Deutsche — um Auskünfte einzugehen oder um mit deutschen Einfuhrern in Verbindung gebracht zu werden. Waren werden dann von ihnen über die Grenze geschmuggelt und in Deutschland an überhöhten Preisen vertrieben. Das Willigen eines überhöhten Lebensmittelpreises bewiesen auch zahlreiche Angelegenheiten in deutschen und holländischen Blättern, die, wie vielfach festgestellt werden konnte, oft von sogenannten Firmen ausgehen, die über kein Stück Ware und keinerlei Geldmittel verfügen. Leider beweist der Umfang derzeitiger Angebote, daß immer noch in erheblichem Maße unkontrollierte Gelder ins Ausland gelangen, so daß die Einkünfte für die Allgemeinheit in doppelter Hinsicht — durch das Hochziehen der Preise und durch die Verschlechterung der Waare — geschädigt werden. Die Selbstlosigkeit tut auf daran, die amtlichen Schere nach Wiederherstellung des freien Handels daraufhin zu prüfen, ob sie dem erlöschenden Handel oder dem internationalen Schiebermarkt angehöre.

Die deutsche Note über Kriegsschuld und Verantwortlichkeit

Berlin, 26. Mai. Heute ist dem Präsidenten der alliierten Friedenskonferenz von der deutschen Friedensdelegation nachfolgende Note überreicht worden:

Herr Präsident!

Der Inhalt des Schreibens Eurer Excellenz vom 20. d. M. über die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für die Folgen des Krieges hat der deutschen Friedensdelegation gezeigt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen den Einverständnis mit dieser Note haben, mit dem deutschen Volk und das deutsche Volk sich mit der Note der Friedenskonferenz vom 8. November 1918 nicht einverstanden erklären. Um dieses Mißverständnis aufzuklären, sieht sich die deutsche Delegation nötigt, den alliierten und assoziierten Regierungen die Ergebnisse ins Gedächtnis zurückzuführen, die jener Note vorzugesuchen.

Die politische Seite dieser Forderung fand ihren Ausdruck in den 14 Punkten, die der Präsident in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 niedergelegt hat. Sie verlangt von dem deutschen Volk hauptsächlich zweierteil: Erstens. Es verzichtet auf wichtige Teile des Reichsgebietes im Westen und Osten unter dem Gesichtspunkt der nationalen Selbstbestimmung. Zweitens. Das Verbrechen der Wiederherstellung des Reiches, Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Mit der ersten Forderung ist ein Verstoß gegen die deutsche Regierung und das deutsche Volk einzulassen, weil der Grund der Selbstbestimmung der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands entspricht und die herzuwählenden Gebiete der deutschen Seite durch eine völkerrechtswidrige Handlung, nämlich durch die Verletzung der Neutralität, mit den Schreden des Krieges überzogen worden waren. Das Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes hatte übrigens schon die frühere Regierung anerkannt, wie das an Belgien verübt wurde. Wenn nun das durch den Staatssekretär Lansing am 5. November 1918 an die deutsche Regierung übermittelte Schreiben der Garantie den Begriff der Wiederherstellung der belagerten Gebiete in der Auslegung, die von uns für sich für die deutsche Auffassung selbstverständlich, daß die Kriegsschuld nicht auf andere Gebiete bezogen konnte, als die deren Schädigung als rechtmäßig zugegeben war, und deren Herbeiführung die leitenden Staatsmänner der Gegner als Kriegziel betont hatten. So hat Präsident Wilson die Wiederherstellung des Unrechts an Belgien in seiner Botschaft vom 8. November 1918 ausdrücklich als den heiligen Akt bezeichnet, ohne den die ganze Struktur und Geltung des Völkerrechts für immer erschüttert sein würde. Ebenso hat der englische Premierminister, Herr Lloyd George, in seiner Rede im Unterhaus vom 22. Oktober 1917 gesagt: Die vernünftigen Forderungen der belagerten Regierung und ihrer Verbündeten waren die völlige politische, territoriale und wirtschaftliche Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens und keine Entschädigung, soweit eine solche möglich ist, für die Zerstörung seiner Städte und Provinzen." Das ist keine Forderung einer Kriegsschuldfrage, wie die die 1917 Frankreich von Deutschland auferlegt war. Es ist kein Verzicht, die Rollen der Kriegsschuldung von dem einen Kriegführenden auf den anderen abzuwälzen. Was hier für Belgien gesagt wird, müßte Deutschland auch für Nordfrankreich anerkennen, da die deutschen Heere nur auf dem Wege über die verlorene belagerte Neutralität die französischen Gebiete erreicht hatten. Dieser Verzicht war es, für den die belagerte Regierung Deutschlands die Verantwortlichkeit zugab, daß über eine angebliche Schuld am Ausbruch des Krieges die äußerliche Tatsache, daß die formelle Kriegserklärung von seiner Seite ausgegangen war. Die Bedeutung der Note des Staatssekretärs Lansing lag für die deutsche Regierung darin, daß die Entschädigungspflicht nicht auf die Wiederherstellung der Sachwerte beschränkt, sondern auf jeden Schaden ausgebeutet wurde, den die Zivilbevölkerung im belagerten Gebiete an Verlusten oder Eigentum erlitten hatte, möge er im Verlauf der Kriegshandlungen an Lande, zu Wasser oder von der Luft aus herbeigeführt sein. Das deutsche Volk hat die Entschädigungspflicht empfunden, die darin lag, daß man ihm die Wiederherstellung Belgiens und Nordfrankreichs auferlegte, während man ihm eine Entschädigung für die Gebiete des belagerten Ostens verweigerte, die von den Truppen des russischen Bolschewismus nach einem von langer Hand vorbereiteten Plan überfallen und verwüstet worden waren. Wenn man nicht die alliierten und assoziierten Regierungen die Auffassung vertreten wollten, daß für jede völkerrechtswidrige Handlung, die im Kriege begangen worden ist, Späherarbeit gefordert wird, so will die deutsche Delegation die grundsätzliche Richtigkeit dieses Standpunktes

nicht bestreiten. Sie macht aber darauf aufmerksam, daß dem nach Deutschland eine solche Einschränkung anzustellen hat, und daß die Haftpflichtigkeiten einer Gegenüber, insbesondere der durch die völkerrechtswidrige Hungerblockade unermesslich geschädigten deutschen Zivilbevölkerung sich nicht auf die Zeit beschränken, wo der Krieg noch heftigste geführt wurde, sondern ganz besonders auch für die Zeit zutreffen, wo es nur noch eine Kriegführung der alliierten und assoziierten Mächte gegen Deutschland gab. Jedenfalls entfernt sich die Auffassung der alliierten und assoziierten Regierungen von der Forderung, die Deutschland vor Abschluß des Waffenstillstandes getroffen hatte. Sie läßt eine endlose Reihe von Straffällen am Horizont der Friedensverhandlungen emporkommen und könnte zu einer praktischen Lösung nur durch eine

unparteiliche internationale Schiedsgerichtsbarkeit

geleitet werden, eine Schiedsgerichtsbarkeit, wie sie im Artikel 13, Absatz 2, des Entwurfs der Friedensbedingungen vorgesehen ist. Die deutsche Friedensdelegation verzichtet sich nicht auf die Durchführung des durch das Angebot der früheren Regierung vom 5. Oktober 1918 eingeleiteten Abkommens, sondern gegen die in dem Friedensentwurf enthaltenen Forderung für angebliche Strafen gegen einen früheren politischen und militärischen Leiter. Der Präsident erklärt, daß der Krieg nicht mit einem Raubakt irgendwelcher Art beendet werden sollte, daß seine Nation kein Volk bestraft oder bestraft werden sollte, daß die unparteiliche internationale Schiedsgerichtsbarkeit des Bundes (sowohl nach völkerrechtswidrigen Unrecht begangen haben. Die deutsche Delegation bezieht sich nicht auf diese oder ähnliche Aussagen, um sich hierbei irgendwelche völkerrechtlichen Verpflichtungen zu entziehen. Aber sie fühlt sich berechtigt, an sie zu erinnern, wenn man dem deutschen Volk die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges und die Haftbarkeit für die Kriegsschuld auferlegen will. Nach den öffentlichen Verhandlungen kurz vor Abschluß des Waffenstillstandes wurde dem deutschen Volk versprochen, daß Deutschlands Schicksal eine grundlegenden Veränderung erfahren würde, wenn man es von seinem Feind trennte. Die deutsche Delegation möchte denn die Worte Eurer Excellenz nicht dahin verstehen, daß die Aufgabe der alliierten und assoziierten Regierungen damals, als sie die Friedensbedingungen aufstellten, war, um den Überhand des deutschen Volkes zu lähmen, und daß die Aufgabe heute zurückgenommen werden soll. Schließlich machen Euer Excellenz geltend, daß die alliierten und assoziierten Mächte das Recht haben, Deutschland nach denselben Methoden zu behandeln, die es beim Frankfurter Frieden und beim Frieden von Breitscheidt seinerzeit angewandt habe. Die deutsche Delegation unterläßt es vorläufig zu prüfen, inwiefern sich jene beiden Friedensschlüsse von dem heute vorliegenden Friedensentwurf unterscheiden, denn für die alliierten und assoziierten Regierungen ist es heute zu spät, auf diese Präzedenzfälle einzugehen, als sie vor der Wahl haben, und diesen beiden Präzedenzfällen die Bereinigten Staaten von Amerika als Friedensbasis anzunehmen oder abzulehnen. In diesen 14 Punkten wurde ausdrücklich die Wiederherstellung des Unrechts von 1870/71 verlangt und von dem Frieden von Breitscheidt als von einem abweichenden Beispiel gesprochen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben es damals abgelehnt, sich einem Gewaltfrieden der Welt entgegenzustellen, um aufzunehmen. Das deutsche Volk, das niemals die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges auf sich genommen hat, kann mit Recht verlangen, daß sein Feind mittelbar, sein Feind aus solchen Gründen und mit solchen Mitteln, wie seine Schuld an allen Schäden und Leiden dieses Krieges zur Unterlage der Friedensbedingungen machen. Es kann sich daher nicht mit der Bemerkung abweisen lassen, daß von den alliierten und assoziierten Regierungen durch besondere Kommissionen in der Frage der Verantwortlichkeit gesammelte Material für eine innere Unlogik dieser Regierungen. Diese Lebensfrage des deutschen Volkes muß in aller Öffentlichkeit erörtert werden. Methoden der Geheimdiplomatie sind hierbei nicht am Platze. Die deutsche Regierung behält sich vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgeprochenen Hochachtung.

(Gezeichnet) Strodtmann-Kamau

Orpheum

12 Steinweg 12.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

verlängert bis Donnerstag, den 29. Mai,
täglich 3, 1/5, 6, 7/8, 9 Uhr.

Walhalla-Operetten-Theater.
„S! Noch 3 Tage! Himmelmahrt! Absch.-Vorst. Des Zigeunerprimas.“
Kasse 10-1/2 u. 4-5.

Stadt-Theater
Mittwoch, den 28. Mai 1919, Anfang 7 1/2, Ende 11 Uhr:
Aida.
Oper von Verdi.
Donnerstag: Das Dreifährthaus.

Reichshof Alte Promenade 6
Mittwoch, den 28. Mai, 8 Uhr:
18. Sonderabend.
3664 Letzter dieser Saison bei ausgewähltestem Programm. U. a. Streichquartett Nr. 6 von Haydn.

Konsumverein für Badwitz u. Umgeg. E. G. m. b. H.
Am Sonntag, den 1. Juni, nachmittags 1/2 11 Uhr findet im Waihtauischen Saale in Badwitz unter 3660

Generalversammlung
Zusammenkunft:
1. Geschäftsbericht.
2. Wahl der halbjährlich auscheidenden Vorstandsmitglieder.
3. Rendite nach § 32 des Statuts.
4. Antrag der Verwaltung auf Erhöhung der Geschäftanteile und der Stamme von 30 Mk. auf 50 Mk.
5. Hebung des § 4 der Statutenordnung.
6. Geschäftsberichte.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Aufsichtsrat.
Wittgen in Berg, Vorsitzender.

Professor Dr. Kauffmann
Nervenarzt ist nach
Brüderstrasse 17
(Löwenapotheke Markt) 3663
verzogen.

Möbel aller Art
Schön. Schlafzimmer-Einrichtungen, Nippens-Schänke, Bekleid., Sofas, Matten (große Auswahl) empfiehlt 2650
H. Sandig, Säbener Str. 7.

Schreckschuß-Apparate
überall schon gegen Diefbst. Otto Sparmann, neb. Bahnh.,

Besonders preiswerte
Neuheiten
in
Damen-Konfektion

Weiße Voile-Blusen	Mk. 62,50, 49,00, 37,50	28 ⁰⁰
Farbige Sommer-Blusen	Mk. 59,50, 45,00, 33,50	25 ⁵⁰
Weiße Voile-Kleider	Mk. 225,00, 198,00, 168,00	15 ⁰⁰
Jacken-Kleider	225,00, 195,00, 118,00	92 ⁵⁰
Kostüm-Öcke	von 12,50 ab, aus soliden Wollstoffen	29 ⁵⁰
Kostüm-Öcke	in Seide, gute Qualitäten	108 ⁰⁰
Seidenmäntel	Mk. 179,00, 145,00, 127,50	108 ⁰⁰
Damenmäntel	in allen neuen Farben	225 ⁰⁰
	Mk. 350,00, 285,00, 250 00	225 ⁰⁰
	aus soliden Wollstoffen	75 ⁰⁰
	Mk. 135,50, 117,00, 97,50	75 ⁰⁰

Garnierte Damen-Hüte

Sporthüte	sehr chic Formen, in viele Farben	Mk. 15,00, 10,00, 7,50	5 ⁸⁵
Elegante Sportheute	aus zweifarb. Geflecht, vornehml. Ausführung	Mk. 75,00, 60,00, 35,50	30 ⁰⁰
Backfischhüte	kleidsame Formen, flott garniert	Mk. 16,50, 12,50, 9,75	7 ⁵⁰
Backfischhüte	aus Borten gearbeitet, mit aparten Garnituren	Mk. 48,50, 42,00, 35,00	27 ⁵⁰
Frauenhüte	aus Best- und Litzengeflecht, geschmackvoll garniert	Mk. 22,50, 18,50, 12,50	7 ⁵⁰
Damenhüte	aus Litzengeflecht, besonders chic Garnituren	Mk. 36,00, 27,50, 20,00	16 ⁵⁰
Damenhüte	aus Litzen- und Tadelgeflecht, sehr apart garniert	Mk. 60,00, 45,00, 26,50	22 ⁵⁰
Kinderhüte	von 2,75 an, aus Borten gearbeitet, reizend garniert	Mk. 26,00, 22,00, 16,50	10 ⁵⁰

J. Lewin
Marktplatz 2 u. 3.

Elektrisches Install.-Material, Glühlampen, Pendel.
Rast.
2616 Geisstr. 28.

Apollo-Theater
Nur noch bis einsch. Sonnabend
Beckers *„Fliegentütenheirats Glück.“*
Am 2. Abt. als Gastg.: **Paul Beckers** mit dem Gefehtlager:
Heinrichs Umzug.
Am 3. Abt. als Gastg.: **Paul Beckers** mit dem Gefehtlager:
Fliegentütenheirats Glück.
Nachmittags kleine Preise. Sonntags 9-11 u. 3-1/2.

Bohnenstangen, Hacken, Kleereiter
empfeht **Louis Deparade** Buchhandlung, Mansfelderstraße 41. 3593

Thalia-Säle.
Täglich 4, 6, und 9 Uhr
Opernzängerin
Alice v. Boer-Gruselli
singt die Einlagen in **Die Geschichte einer Gefallenen** in 6 Akten.
Durchschlagender Erfolg des Rezitators „Erich Riwe“.
Paul Beckers als **Fliegentüten-Othello.**
4 Akte.
12 Mann Orchester.

Durch Verfügung des Herrn Reichswehrministers ist dem Landesjägerkorps (Reichswehrbrigade XVI) das Gebiet der ehemaligen 8. Division für seine Übungen überwiehen worden.
Infolge dieser Verfügung ist nur das Landesjägerkorps berechtigt, Übungen innerhalb des oben genannten Gebietes vorzunehmen. Sämtliche Gefehtsinhaber usw. werden deshalb gebeten, die ihnen von anderer Seite angehängigten Werbepakete zu entfernen bzw. nicht auszugeben.
Halle a. S., den 24. Mai 1919.
Werbestelle des Freim. Landesjägerkorps.

Hippodrom
Wintergarten.
Direktion: Georg Arndt.
Internationale Ringkampf-Konkurrenz.
Heute Dienstag abend 8 1/2 Uhr ringen:
Baumgärtner gegen Axel Schmidt.

Ferner
2 grosse Entscheidungskämpfe
Herrmann gegen Schmitz
sowie die beiden Weltmeister
van der Heydt gegen Gemel.
Technik gegen Technik.

Eintrittskarten an der Tageskasse im Vorverkauf 11-1 Uhr. 3662
Telephon 2185.

Der Reitsport findet täglich bei gutem Wetter ab 4 Uhr in dem schönsten schattigen Garten des „Wintergartens“ statt.
Vorzügliches Pferdmaterial. Gute Speisen und Getränke.

Volkshaus Weissenfels Volkshaus
Mittwoch, den 28. Mai: Grosses Operettenspieler
Wie einst im Mai
Operette in 4 Bildern von Walter Kollo.
Orchester: Unteroffizierschule Weissenfels.
Anfang 1/8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Glänzende Ausstattung. ---- 24 Künstler.
Vorverkauf: Zigarrengeschäft Löwe-Jau.
Voranzeige: Sonntag, 1. Juni Neuheit:
Liebe im Schnee, Operette in 3 Akten v. Ralph Benatzky

Preiswert

Bunte Stoffe	für Vorhänge, Dekorationen Meter	3.15 3.50	u/m.
Tischdecken	für alle Größen	5.90	an.
Uebergardinen	für jeden Geschmack	23.75	an.

Vertrieb von Erzeugnissen fächs. Gardinen-Fabriken
Georg Methner & Co.,
Leipziger Straße, am Leipziger Turm.

Grammophon-Platten
jeder Art sowie
Phonograph- und Walzen
kann zu höchsten Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig,
Haupt- u. Musikanten-Verlag Leipzig 41.

